

Kulturelles Wort  
Redaktion: Ulrich Kühn

**Sendung am: 19.06.2021**  
**13.05 – 13.15 Uhr**

**GEDANKEN ZUR ZEIT**

**„We’re out!“ Die britische Tragödie**  
**Zum fünften Jahrestag des Brexit-Votums**  
Von Stephanie Pieper

An- und Abmoderation: Ulrich Kühn  
Manuskript und Sprechen: Stephanie Pieper

**Zur Verfügung gestellt vom NDR**

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z. B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

**NDRkultur**

**GEDANKEN  
ZUR ZEIT**

*sonnabends*  
13.05 – 13.15 Uhr

**Telefon:**  
**0511 / 988-2321**

## Anmoderation:

Vor fünf Jahren, am 23. Juni 2016, votierten die Briten für den Abschied von der EU: 52% stimmten für „Leave“, 48% für „Remain“. Ein jahrzehntelang dauernder Streit über das Selbstverständnis des Vereinigten Königreichs war entschieden, das Land blieb gespalten zurück, der Pulverdampf verzog sich nur langsam, der Ausstiegsprozess zog sich hin: Erst am 31. Januar 2019 war der EU-Ausstieg formal vollzogen. Und ein in letzter Minute geschlossener Brexit-Deal konnte zum vergangenen Jahreswechsel wenigstens das totale Chaos abwenden. Der Brexit ist und bleibt eine Tragödie in der britisch-kontinentaleuropäischen Geschichte – meint Stephanie Pieper, die das ganze Drama als ARD-Korrespondentin in London von 2014 bis 2018 aus nächster Nähe miterlebt hat:

## Beitrag:

Sieben Wellenlinien untereinander, in unterschiedlichen Blautönen gemalt: So sieht das Logo der britischen G7-Präsidentschaft aus. Es soll die Verbundenheit der sieben führenden Industrienationen verdeutlichen, die vermeintlich auf einer Wellenlänge sind – die gemeinsam den globalen Herausforderungen begegnen, von Corona bis Klimaschutz. Dieses Wellen-Logo unterstreicht aber auch: Hier hat eine Insel-Nation den G7-Vorsitz. Ein Land, verteilt auf zwei Inseln – die britische und den nördlichen Teil der irischen; ein Land, ganz und gar umgeben von Wasser; ein Land, das getrennt ist vom europäischen Kontinent – schon durch seine Geographie, aber eben auch im Geiste. Die konservative Regierung in London kokettiert mit diesem Insel-Image und ist seit dem Brexit-Votum zugleich bemüht, sich als nicht isoliert darzustellen – sie postuliert vielmehr ein „Global Britain“. Großbritannien mag sein Empire verloren haben, Großbritannien mag aus der EU ausgetreten sein, Großbritannien mag sich auf der Weltbühne freiwillig kleiner gemacht haben. Egal. Wir waren wer. Wir sind wer. Wir bleiben wer. Brexit hin oder her. „Global Britain“ eben. Die malerische Küste Cornwalls dient Premier Boris Johnson als Kulisse dafür, diesen Anspruch bei den G7-Partnern zu untermauern. Doch die vor den Kameras zur Schau gestellte Einigkeit der Regierenden kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Brexit einen Keil zwischen Großbritannien und seine Verbündeten getrieben hat. Cornwall – ein Landstrich übrigens, in dem vor fünf Jahren eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für den EU-Ausstieg stimmt. Darunter viele Bauern und Fischer, gegen ihre eigenen finanziellen Interessen. Eine der vielen Brexit-Paradoxien.

Rückblende. Am 24. Juni 2016, am Tag nach dem EU-Referendum, dämmert der Morgen. Es ist exakt 20 Minuten vor 5 Uhr, als der BBC-Moderator verkündet: „The British people have spoken – and the answer is: we’re out.“ Ein Schock-Moment. Ein Gänsehaut-Moment. Das Vereinigte Königreich setzt damals das Segel für einen neuen Kurs, nach mehr als vier Jahrzehnten der Mitgliedschaft raus aus der Europäischen Union. Was in London folgt, ist politisches Chaos. Nicht über Tage, Wochen, Monate. Sondern über Jahre. Der politische Betrieb und der Staatsapparat sind erst gelähmt und dann Brexit- absorbiert. David Cameron lässt andere die Suppe auslöffeln, die er als Premierminister dem Land eingebrockt hat. Seine Nachfolgerin, die untalentierte Mrs. May, verfasst das historische Austrittsschreiben an Brüssel, probiert sich in der Folge an der Quadratur des Brexit-Kreises – und scheitert unweigerlich. Damit ist die Bühne frei für ihn: Boris Johnson.

Ohne den Scheinwerfer auf diese Figur zu richten, ist nicht zu verstehen, warum die Briten vor fünf Jahren mit knapper Mehrheit für „Leave“ votiert haben – und was seitdem passiert ist. Nicht zuletzt aus Karrierekalkül schlägt sich Johnson Anfang 2016 auf die Seite der Brexiteers und wird sofort zu deren wirkmächtigstem Fürsprecher. Als Politiker mit einem untrüglichen Gespür für Stimmungen registriert er früher als andere, dass die politische Tektonik dieses Landes brüchig geworden ist – und dass sich als Sündenbock die EU perfekt eignet, der alle Fehlentwicklungen zur Last gelegt werden können. Am Ende wird Johnson, nach einigen Umwegen, für sein Risikospiel belohnt mit dem Einzug in 10 Downing Street. Aufgrund seines Gebarens genieße der Premier jedoch weder das Vertrauen noch den Respekt seiner westlichen Partner, so vor wenigen Tagen Matthew Parris, konservativer Kolumnist der „Times“. Johnson sage immer genau das, was ihm in *diesem* Moment und vor *diesem* Publikum Lacher und Applaus beschere. Wie viel diplomatisches Porzellan er dabei zerschlägt, ist ihm offenbar gleichgültig – ob er nun als Brüssel-Korrespondent, als Londoner Bürgermeister, als führender Kopf der Brexiteers, als Außenminister oder jetzt als Premierminister auftritt. Doch die Partner, in der EU und darüber hinaus, haben nicht vergessen, ihm nicht vergeben. Nicht nur ähnliche Interessen, sondern auch gegenseitiges

Vertrauen, gegenseitiger Respekt bilden in einer Wertegemeinschaft die Grundlage multilateraler Kooperation – erst recht in der eigenen Nachbarschaft, wo die bilateralen Beziehungen mühsamer geworden sind. Johnson, der noch dazu lange Donald Trump hofierte, steckt hier noch in den Miesen.

Beim heimischen Publikum hingegen schaden „BoJo“ seine Tölpeleien nicht – im Gegenteil: Johnson holt bei der vorgezogenen Parlamentswahl Ende 2019 eine deutliche Mehrheit; die Brexit-Hardliner in den eigenen Reihen und die nordirischen Unionisten sind in ihre Schranken verwiesen. Nach „Take back control“ – dem ebenso genialen wie irreführenden und unerfüllbaren Slogan der Brexit-Kampagne – wirkt nun das „Get Brexit done“. Auf den letzten Metern schließen die EU und Großbritannien Anfang 2020 ein Austrittsabkommen und Ende 2020 einen Handelspakt. Der harte Brexit ist vermieden – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Ein Mehr gibt es vor allem an Papierkram, etwa an Zollformalitäten, für die Wirtschaft; ein Weniger ist zwischenzeitlich in den Supermarkt-Regalen zu besichtigen, weil Waren aus der EU fehlen. Doch das alles ruckelt sich irgendwie zurecht – und siehe da, bei der Kommunalwahl vor wenigen Wochen stehen Johnson und seine Tories in England wieder als strahlende Sieger da.

Der Brexit sei durch, aber Brexit-Identitätspolitik bleibe eine potente Kraft, analysiert danach treffend der liberale Oxford-Professor und EU-Freund Timothy Garton Ash im „Guardian“. Die oppositionelle Labour Party hat dem bis heute wenig entgegenzusetzen – vor allem in ihren einstigen Hochburgen im Norden Englands, wo aus den Stimmen für den Brexit inzwischen Stimmen für die Tories geworden sind. Nichts, so scheint es, kann Johnson etwas anhaben. Nicht die diplomatischen Fettnäpfe, in die er tritt. Nicht das Brexit-Durcheinander in Dover und andernorts. Nicht die mehr als 128.000 Covid-Toten in Großbritannien, die er durch seine Politik in den ersten Pandemienmonaten mitzuverantworten hat. Nicht das vernichtende Zeugnis, das ihm sein einst engster Berater ausstellt. Nicht die teure Renovierung seiner Dienstwohnung. Nicht die Versorgung von Parteispendern mit Pöstchen. Solange Johnson den Konservativen solche Wahlsiege serviert wie bisher, werden sie an ihm festhalten. Im Spiel um den Machterhalt sind die Konservativen traditionell schwer zu schlagen.

Mit vollem Namen heißen die Tories, was oft vergessen wird, „Conservative and Unionist Party“, mit besonderer Betonung also auf der Union – jenem Verbund aus vier Nationen, die das Vereinigte Königreich bilden. Ein jahrhundertealtes, aber zunehmend fragiles Gebilde – mit wechselseitigen Animositäten, die sich nicht nur bei der laufenden Fußball-EM zeigen. Es sind 2016, dies zur Erinnerung, die Engländer und die Waliser, die mehrheitlich für den Brexit votieren; die Schotten und die Nordiren sprechen sich seinerzeit für den Verbleib in der EU aus – werden mithin gegen ihren erklärten Willen hinausgedrängt. Die Schottische Nationalpartei trommelt zwar wieder laut dafür, die Bürger deshalb ein zweites Mal über die Unabhängigkeit abstimmen zu lassen – ob es jemals dazu kommt, ist gleichwohl unklar. Denn ohne eine Zustimmung Londons kann Schottland formal nicht unabhängig werden – doch bisher wehrt sich Johnson vehement dagegen, das Ergebnis einer erneuten Volksbefragung anzuerkennen. Und selbst wenn es zu dieser käme, wäre ungewiss, ob sich die Schotten wirklich auf ein neues Abenteuer einlassen – bei dem völlig offen ist, ob und wie schnell das Land in die EU aufgenommen würde, und ob es das britische Pfund behalten dürfte oder den Euro einführen müsste. Johnson dürfte auch hier auf Zeit spielen: Je mehr sich die Brexit-Lage normalisiert, je mehr Menschen gegen Covid geimpft sind – desto geringer wird der Unabhängigkeitsappetit der Schotten sein.

Noch heikler ist die Situation in Nordirland. Brüssel setzt im Brexit-Deal Anfang 2020 durch, dass die einstige Bürgerkriegsprovinz de facto im Binnenmarkt bleibt – um einen reibungslosen Handel mit der Republik Irland zu gewährleisten. Für diese Einigung nimmt der Premier in Kauf, dass es von Juli an regulatorische Hürden im Handel zwischen Nordirland und Großbritannien gibt, die er nun aber – typisch Johnson – nicht rechtzeitig implementieren will. Es geht buchstäblich um die Wurst bzw. um den Handel mit derselben. Aber ebenso um den Friedensprozess, der auch mehr als 20 Jahre nach dem Karfreitagsabkommen kein Selbstläufer ist, sondern Tag für Tag erkämpft werden muss – im Zueinanderfinden der Großbritannien-treuen, den Brexit eher unterstützenden Protestanten mit den Irland zugewandten, den Brexit eher ablehnenden Katholiken. Johnson sollte die nordirische Dynamik nicht unterschätzen – auch wenn eine wiedervereinte irische Insel auf kurze Sicht ähnlich unrealistisch scheint wie eine Loslösung Schottlands.

Erst in der Rückschau werden die Historiker bewerten können, welche Nachwehen der EU-Ausstieg für dieses Vereinigte Königreich tatsächlich mit sich bringt: Vielleicht macht es, auf Jahrzehnte betrachtet, keinen Unterschied – politisch, wirtschaftlich, kulturell, gesellschaftlich –, ob Großbritannien in der Europäischen Union ist oder nicht. Viele tragende Institutionen – vom Königshaus über das Rechtssystem bis zu den Universitäten – sind Jahrhunderte alt, es gab sie lange vor der EU-Mitgliedschaft, es wird sie mutmaßlich lange danach geben. Vielleicht wirken andere Kräfte – wie der Aufstieg Chinas – viel stärker als der Brexit an sich auf das globale Gefüge und Großbritanniens Rolle darin.

Traurig ist und bleibt es gleichwohl, dass es für die Briten schwieriger ist als früher, in der EU zu arbeiten und zu studieren – und umgekehrt. Traurig ist und bleibt, dass die Vernetzung der Wissenschaft leidet. Traurig ist und bleibt, dass sogar der kulturelle Austausch komplizierter geworden ist durch lästige Visa-Formalitäten. Aber auch wenn der Brexit die Liebe hat abkühlen lassen, fällt es doch schwer, sich von Großbritannien abzuwenden. Dieses Land hat uns schließlich William Shakespeare und Jane Austen beschert. Die Beatles und Oasis. Churchill und Wilson. Den Afternoon Tea und den Fußball. Die BBC und The Crown.

An seiner schmalsten Stelle ist der Ärmelkanal, die am stärksten befahrene Seestraße der Welt, nur 34 Kilometer breit – das Wasser, das uns trennt, sollte doch zu überwinden sein. Die Brexit-Insel ist so fern – und zugleich so nah.